

Nr.: 209/2022

■ **Dezernat** I - Finanzen, Zentrales Management & Bildung 21.06.2022
■ **Fachbereich**
■ **Verfasser/-in** Willi, Alexander
■ **Telefon** 07621 410-1000

Beratungsfolge	Status	Datum
Verwaltungsausschuss	öffentlich	13.07.2022

Tagesordnungspunkt

Schreiben SPD-Kreistagsfraktion vom 28.04.2022 - Fragen zur Entwicklung der Energiekosten

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt 1 Finanzen & Zentrales Management
Produktgruppe 11.24 Gebäudemanagement
Produkt(e) 11.24.02 Facility Management

Klimawirkung positiv neutral negativ keine

Inhalt der Mitteilung

■ Sachverhalt

Mit Schreiben vom 28. April 2022 (siehe Anlage 1) hat die SPD-Kreistagsfraktionen zwei Fragen zur aktuellen Finanzlage des Landkreises Lörrach gestellt. Eine der beiden Fragen bezog sich auf die Thematik der Kostenerstattung von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und wurde im Sozialausschuss am 1. Juni 2022 (siehe Vorlage Nr. 177/2022) beantwortet.

Die andere Frage thematisiert die Entwicklung der Energiekosten und deren Auswirkung auf den Kreishaushalt. Nachfolgend werden die Teilfragen des oben genannten Schreibens zum Themenbereich der Energiekostenentwicklung beantwortet.

Frage:

Wir bitten um Darlegung, welche Auswirkungen der Anstieg der Energiepreise für den Kreishaushalt, insbesondere bei den Kreiseigenen Gebäuden, bedeutet. Dabei möchten wir auch wissen, inwieweit feste Verträge mit den Energieträgern, insbesondere bei den Strom-, Gas- und Wärmeversorgung, abgeschlossen wurden und welche Anpassungen zu erwarten sind. Darüber hinaus werden auch anstehende Transportkosten zu diskutieren sein.

Hinsichtlich der Auswirkungen des Anstiegs der Energiepreise auf die Landkreis-Finzen ist zu unterscheiden zwischen

- einerseits der direkten Betroffenheit des Landkreises durch erhöhte Strom- und Heizkosten für die landkreiseigenen Liegenschaften
- und andererseits den möglichen mittelbaren Folgen der Energiekrise in Form von Inflation und Steuerrückgängen, sofern es bundesweit/europaweit/weltweit nicht gelingen sollte, die Inflation zu dämpfen und die Gasversorgung so aufrecht zu erhalten, dass Produktionspausen in der Industrie vermieden werden können, was zu Steuerrückgängen (und ggf. höheren Sozialaufwendungen) führen könnte.

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf den Aspekt der Energiekosten in den landkreiseigenen Liegenschaften, nach denen explizit gefragt worden war.

Im Jahr 2021 betragen die Stromkosten im Landkreis-Haushalt ca. 750.000 €.

Ebenso im Jahr 2021 betragen die Heizkosten ca. 600.000 €.

Somit entfielen 2021 rund 1,35 Mio. €: auf den Aspekt der Energiekosten für unsere Liegenschaften. Der aktuelle Vertrag gilt noch für das volle Jahr 2022, so dass in diesem Jahr mit einem ähnlichen Wert zu rechnen ist. Allerdings wäre eigentlich für die Zeit danach eine Ausschreibung durchzuführen. Aufgrund der Preisturbulenzen auf dem Energiemarkt ist derzeit ein denkbar schlechter Zeitpunkt, um diesbezügliche Ausschreibungen durchzuführen. Die Da.Vi.D GmbH ist als externer Dienstleister vom Landkreis sowie verschiedenen Städten damit beauftragt, Verhandlungen mit den bisherigen Energieanbietern zu führen und klärt aktuell juristisch ab, ob aufgrund der aktuell bestehenden Besonderheiten des Marktes auch Verträge mit kurzer Laufzeit (auf der Basis eines Verhandlungsverfahrens ohne Teilnahmewettbewerb gemäß § 14 Abs. 4 VgV) abgeschlossen werden können, mit dem Ziel, für einen kurzen Zeitraum Folgeverträge mit den bisherigen Lieferanten auszuhandeln, bis sich der Markt beruhigt hat und Anbieter wieder bereit sind, an Ausschreibungen teilzunehmen, was Voraussetzung für eine Sinnhaftigkeit einer öffentlichen Ausschreibung ist (siehe vorläufiges Rechtsgutachten in der nichtöffentlichen Anlage).

In jedem Fall ist jedoch zu erwarten, dass die Energiekosten für die kreiseigenen Liegenschaften im Jahr 2023 im Vergleich zu 2021 und 2022 einen deutlichen Sprung nach oben machen

werden.

Situation auf dem Pelletmarkt:

Momentan werden fast keine Angebote bzw. Ausschreibungen der Lieferanten erarbeitet und Neukunden werden aktuell in der Regel nicht angenommen, da die Produktion die erhöhte Nachfrage kaum befriedigen kann. Dies wirkt sich auch auf die Preise aus.

Aktuell wird der monatliche Indexpreis auf die Tonne angerechnet. Unser Bezugspreis lag vor nicht allzu langer Vergangenheit bei ca. 250 € pro Tonne. Aktuell liegt der Preis zwischen 400 – 450 € pro Tonne. Unser langjähriger Lieferant wird uns aufgrund der langen Geschäftsbeziehung in Kürze einen Vorschlag/Angebot für die nächste Heizperiode machen. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Die Lage bei der Thematik der Holzhackschnitzel ist noch in Klärung. Es ist jedoch auch in diesem Segment von einer deutlichen Kostensteigerung auszugehen.

Frage:

Wir möchten wissen, ob im Hinblick auf die erwartbare Kostenbelastung auch erste Maßnahmen eingeleitet wurden oder vorgesehen werden, die einen effizienteren Umgang mit den Energieverbräuchen vorsehen. Dies wären schlussendlich auch Maßnahmen zur erforderlichen Klimaanpassung.

Wichtigste Maßnahme ist die energetische Sanierung der Gebäude. Allerdings sind aktuell noch Vakanzen im Fachbereich Planung & Bau zu verzeichnen und auch die Handwerksbetriebe sind in der Regel noch voll ausgelastet. Im Rahmen der Möglichkeiten wird diese Thematik jedoch im Blick behalten bzw. umgesetzt. Ähnliches gilt für den weiteren Ausbau von Photovoltaikanlagen (siehe Übersicht in der Anlage zu dieser Vorlage).

Der Fachbereich Planung & Bau arbeitet außerdem weiterhin an der optimierten Nutzung der Heizungen durch Prüfung der Belegungszeiten in den Schulen, weitere Anpassung der Heizkurven, Schulungen der Hausmeister im Umgang mit der Regelungstechnik. Dabei werden wir durch die Firma Siemens unterstützt.

Die Notwendigkeit der Nutzungsschulung wurde in der letzten AG Energie thematisiert. Dies kann aber nicht vollständig durch den FB Planung & Bau geleistet werden. Hier ist Unterstützung - z.B. durch die Energieagentur - notwendig.

Darüber hinaus sind Informations-E-mails zum Thema von Energiesparmöglichkeiten im Bereich Heizung- Strom-Wasser vorgesehen.

Marion Dammann
Landrätin

Alexander Willi
Dezernent

- Anlagen
 - Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion
 - Übersicht Photovoltaikanlagen

